

STIFTUNG MEINUNG&FREIHEIT e.V.

Pressemitteilung

Roland Tichy und Dr. Hans-Georg Maaßen als Vorsitzende neu gewählt – Stiftung Meinung & Freiheit e.V. sieht dringenden Reformbedarf beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Der gemeinnützige Verein tritt ein für Meinungsäußerungsfreiheit und Medienvielfalt sowie gegen jede Form von Cancel Culture. Mit Spenden können interessierte Bürger die Arbeit der Stiftung unterstützen.

Berlin, 18. Juli 2023 – Der bisherige Vorstand von Stiftung Meinung & Freiheit e.V. wurde zwei Jahre nach seiner Gründung im Rahmen seiner turnusmäßigen Mitgliederversammlung im Juli 2023 neu gewählt – die Mitglieder bestätigen ihr Vertrauen in den Vorstand und dessen Arbeit: Es engagieren sich weiterhin Roland Tichy, Journalist und Publizist, als Vorsitzender des Vereins, Dr. Hans-Georg Maaßen, Jurist und ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz der Bundesrepublik Deutschland sowie Vorsitzender der WerteUnion, als Stellvertretender Vorsitzender und Alexander Mitsch, Diplom-Kaufmann und Gründungsvorsitzender der WerteUnion, als Schatzmeister.

Der Verein tritt ein für Meinungsäußerungsfreiheit und Medienvielfalt sowie gegen jede Form von Cancel Culture: „Meinungsfreiheit ist das Recht, Behauptungen der Mächtigen in Frage zu stellen, Erklärungen und Fakten einzuklagen und Alternativen einzufordern“, betont Vorsitzender Roland Tichy, denn ohne kritische Medien, die über Fehlentwicklungen berichten und Alternativen einfordern, gäbe es keinen Fortschritt. Zweifel sei eine gesellschaftliche Produktivkraft, seine Diffamierung durch angeblich alternativlose Politik sei Rückschritt in vormoderne Zeiten, so Tichy. Jurist Maaßen, Stellvertretender Vorsitzender, sieht die Demokratie in Gefahr, wenn Menschen sich Sorgen, dass sie Konsequenzen befürchten müssten, wenn sie sich politisch äußerten, und wenn die Medien ihrem Auftrag, ausgewogen, sachlich und fair zu berichten, nicht mehr gerecht würden.

Die Stiftung Meinung & Freiheit sieht sich als Mahner, wenn die grundgesetzliche Regelung der Meinungs- und Informationsfreiheit gefährdet ist. Kritisch sieht die Stiftung die journalistische Aufgabenwahrnehmung durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. So gab die Stiftung bisher zwei Befragungen in Auftrag, um ein repräsentatives und vergleichendes Meinungsbild in der Bevölkerung zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu erhalten:

Ende Oktober 2021 und Anfang Februar 2023 führte das Markt- und Sozialforschungsinstitut Insa-Consulere GmbH im Auftrag der „Stiftung Meinung & Freiheit e.V.“ je eine Befragung durch, um ein repräsentatives und vergleichendes

Meinungsbild in der Bevölkerung zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu erhalten. An der ersten Befragung nahmen 1.003 und an der zweiten 1.002 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren teil.

Zentrales Ergebnis der ersten Befragung vom November 2021 war eine hohe Unzufriedenheit mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk: 38 Prozent der Befragten gaben an, unzufrieden zu sein. Dieser Wert hatte sich 2023 nochmals verschlechtert: Nach etwas mehr als einem Jahr gaben 42 Prozent an, unzufrieden zu sein. In Ostdeutschland ist die Unzufriedenheit mit 49 Prozent sogar relativ-mehrheitlich gegenüber 45 Prozent Zufriedenen.

Weitere wesentliche Ergebnisse der beiden Befragungen sind, dass mit 54 Prozent eine Mehrheit der Befragten angibt, sich an der Höhe des Rundfunkbeitrages der öffentlich-rechtlichen Medien zu stören, und dass 32 Prozent der Befragten eine fehlende politische Unabhängigkeit bzw. einseitige Berichterstattung kritisieren, 27 Prozent bemängeln die Qualität der Angebote und 24 Prozent fehlende bzw. unnötige Angebote.

37 Prozent aller Befragten wünschen, dass die öffentlich-rechtlichen Medien gänzlich abgeschafft werden sollten. Kumuliert sind es 34 Prozent der Befragten, die Angebote der öffentlich-rechtlichen Medien eher selten (nur an einzelnen Tagen) und sehr selten bzw. nie nutzen. Entsprechend ist eine Mehrheit von 52 Prozent (gegenüber 30 Prozent) der Ansicht, dass der Rundfunkbeitrag abhängig sein sollte von der Nutzung öffentlich-rechtlicher Medien bzw. von im Haushalt vorhandenen Geräten.

Resümee dieser beiden Befragungen für den Vorstand von Stiftung Meinung & Freiheit ist, dass eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dringend notwendig sei. Die Ergebnisse ihrer beiden repräsentativen Umfragen bieten dazu ein klares Meinungsbild und unterstützen diese Forderung.

Quellen: Befragung in Deutschland im Auftrag der Stiftung Meinung & Freiheit, 29.10.2021, Markt- und Sozialforschungsinstitut INSA-Perpetua Demoscopia, sowie Befragung in Deutschland im Auftrag der Stiftung Meinung & Freiheit, 9.-10.2.2023, Online-Befragung gestützt auf der permanenten Telefon-Befragung INSA-Perpetua Demoscopia, INSA-CONSULERE GmbH, Erfurt

Pressekontakt:

Stiftung Meinung und Freiheit e.V.
Dieter W. Schleier
E-Mail: schleier.dieter@gmx.de
Website: www.meinung-freiheit.de

Grundsätze und Aufgaben

Stiftung Meinung & Freiheit e.V. ist tätig auf der Grundlage eines freiheitlichen und liberalen Gesellschaftsverständnisses. Sie tritt ein für die Förderung von

Medienvielfalt und Meinungsfreiheit. Sie verteidigt das Recht der Bürger, sich ungehindert aus allen Quellen zu informieren und frei zu äußern. Die Stiftung versteht sich als Mahner, wenn die grundgesetzliche Regelung der Meinungs- und Informationsfreiheit gefährdet ist. Sie wehrt staatliche Angriffe auf Meinungs- und Informationsfreiheit im Sinne von Artikel 5 Grundgesetz ab und fördert die Vielfalt publizistischer Stimmen. Stiftung Meinung & Freiheit kämpft gegen jeden Versuch der staatlichen Einflussnahme auf Medien. Stiftung Meinung & Freiheit nimmt Stellung zu medienpolitischen Themen, um die Freiheit der Medien zu verteidigen. Stiftung Meinung & Freiheit kann wissenschaftliche Untersuchungen in Auftrag geben, Publikationen aller Art herausgeben, Tagungen veranstalten, die Aus- und Fortbildung von Journalisten fördern und unterstützen sowie alles unternehmen, was ihren Zweck fördert.